

Entschädigung sowjetischer Kriegsgefangener

## Späte Anerkennung eines grossen Leids

Deutschland will die sowjetischen Kriegsgefangenen, eine lange vernachlässigte Opfergruppe, nun doch entschädigen. Das ist eine überraschende Wendung.

von

**Markus Ackeret, Berlin**

22.5.2015, 10:00 Uhr

**2**

[Kommentare](#)

Beharrlichkeit lohnt sich, auch wenn am Ende das Lob dafür an die Falschen geht. Jahrelang hatten die Linkspartei und auch die Grünen

[im Deutschen Bundestag immer wieder Anträge eingebracht](#)

, die auf das tragische Los der sowjetischen Kriegsgefangenen im nationalsozialistischen Deutschland aufmerksam machten. Sie scheiterten am Widerstand vor allem der Unionsparteien, aber auch der SPD, die im Februar aus Treue zu ihrem Koalitionspartner das noch in der alten Legislatur unterstützte Ansinnen zurückwies. Nun hat

[der Haushaltsausschuss des Bundestags](#)

sich doch noch zu einer Geste durchgerungen.

### Gaucks Bemühungen

10 Millionen Euro sollen für die rund 2000 noch Lebenden der einst über 5 Millionen Gefangenen zur Verfügung gestellt werden. Der sozialdemokratische Fraktionschef Oppermann lobte dies am Donnerstag im Bundestagsplenum, als wäre es das langgehegte Projekt der grossen Koalition, diese vernachlässigten Opfer zu bedenken. Dafür erntete er Hohn von der Linkspartei.

Als im Jahr 2000 die Stiftung «Erinnerung, Verantwortung, Zukunft» geschaffen und Entschädigungen für die Zwangsarbeiter aus Osteuropa gesprochen worden waren, hatte die damalige rot-grüne Bundesregierung es zugelassen, dass die sowjetischen Kriegsgefangenen davon ausgenommen wurden. Die CDU-Politikerin Erika Steinbach

[mass vor dem Bundestag im Februar](#)

dem schweren Schicksal dieser Gefangenen grosses Gewicht zu. Sie drehte aber den Spieß um und fand, Russland hätte die in der Nachkriegszeit von der sowjetischen Macht tatsächlich schändlich behandelten Überlebenden entschädigen sollen: eine perfide Begründung für ihre Ablehnung des Antrags im Bundestag.

Dass die bis anhin schäbige Behandlung der Kriegsgefangenen eine unerwartete Wendung nahm, ist nicht nur

[der Beharrlichkeit](#)

der auch ideologisch motivierten Linken zu verdanken. Ähnlich wie

[in der Frage des Völkermords an den Armeniern](#)

setzte Bundespräsident Gauck in einer politisch aufgeladenen Debatte zur

richtigen Zeit ein Zeichen. Am 6. Mai

[besuchte er den Ort eines ehemaligen Kriegsgefangenenlagers in Nordrhein-Westfalen](#)

und erinnerte zusammen mit Überlebenden an das Schicksal der

Gefangenen. Diese waren bewusst zu Millionen unter unmenschlichen

Bedingungen untergebracht und ungenügend gepflegt, zum Teil auch direkt

ermordet worden.

## **Zeichen an Russland**

Wer überlebte und in die Sowjetunion zurückkehrte, wurde als Verräter

diffamiert und verschwand, wie viele der zur Zwangsarbeit Verpflichteten

auch, für Jahre in den Lagern des Gulag. In den neunziger Jahren wurden

sie zwar in Russland rehabilitiert, aber eine Aufarbeitung dieser sowjetischen

Nachkriegsgeschichte fand nie statt. In der Bundesrepublik, der DDR und

der Sowjetunion standen die sowjetischen Kriegsgefangenen über

Jahrzehnte aus ideologischen Gründen im Schatten. Die unerwartete

Wendung ist auch deshalb bedeutsam, weil sie den Beitrag der sowjetischen

Soldaten zum Untergang der nationalsozialistischen Herrschaft hervorhebt.

Das ist, in politisch verhärteten Zeiten, ein Signal an Russland, wo der

Argwohn gegen die westliche Erinnerungskultur sehr gross ist.